



---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

7. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.30 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenografin: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/400

Vorlagen 13/250, 13/251, 13/302, 13/319 und 13/376

1

Nach einer Diskussion werden die Ausschussmitglieder um rechtzeitige Vorlage von Anträgen gebeten, um in der Sitzung am 7. März 2001 abstimmen zu können.

**2 Berufliche Ausbildung straffen - zweiten Berufsschultag streichen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 13/366

6

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen ab.

**3 Biogas nutzen: Große Chancen für die Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen - Landesinitiative Biomasse starten**

Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/464

7

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. an.

**4 Wirtschaftliche Betätigung der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen**

Bericht der Landesregierung

9

Der Ausschuss debattiert kontrovers.

**5 Nutzung der früheren Zeche Hugo in Gelsenkirchen als Besucherbergwerk/Anschlussnutzung für das Verbundbergwerk Ewald/Hugo**

Bericht der Landesregierung

11

Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) erstattet Bericht und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

- 6 Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**  
**hier: Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 30. Rahmenplan**  
Vorlage 13/301 12

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss, die Vorlage 13/301 zur Kenntnis zu nehmen.

- 7 Gründerboom in Nordrhein-Westfalen**  
Vorlage 13/324 13

Der Ausschuss kommt überein, diesen Punkt zu vertagen und den vom Wirtschaftsminister angekündigten Bericht zum Gründungsgeschehen in Nordrhein-Westfalen abzuwarten.

- 8 Rückforderungspraxis im Rahmen der Strukturförderung**  
Bericht der Landesregierung 13

Dem Bericht von Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) schließt sich eine Diskussion an.

- 9 Auswirkungen der Energieeinsparverordnung auf Handwerksunternehmen in Nordrhein-Westfalen**  
Bericht der Landesregierung 15

Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) gibt einen ausführlichen Bericht ab.

**10 Verschiedenes**

18

- a) Vorsitzender Dr. Helmut Linssen berichtet über den Stand der Planungen für einen Besuch der Hannovermesse im April 2001 und für einen Besuch bei der Bayer AG in Leverkusen im April oder Mai 2001.
- b) Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) bittet die Ausschussmitglieder um rege Teilnahme am Parlamentarierabend und am Neujahrsempfang.

**Nächste Sitzung: 7. März 2001**

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** erinnert **Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** an die neue Geschäftsordnung, nach der nun in der Regel öffentlich und nur ausnahmsweise nichtöffentlich getagt werde.

Die vorliegende Tagesordnung wird um Punkt 10 "Verschiedenes" ergänzt. Punkt 7 - Nutzung der früheren Zeche Hugo in Gelsenkirchen als Besucherbergwerk/Anschlussnutzung für das Verbundbergwerk Ewald/Hugo - soll auf Wunsch von Dr. Gerhard Papke (F.D.P.) vor Punkt 5 - Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - beraten werden.

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/400

Vorlagen 13/250, 13/251, 13/302, 13/319 und 13/376

Es bleibe den Ausschussmitgliedern überlassen, so **Vorsitzender Dr. Helmut Linssen**, ob sie die ihnen vom MUNLV erst am Vortag zugegangene Vorlage mit der schriftlichen Einführung in die den AWMT betreffenden Kapitel des Einzelplans 10 in die Debatte einbezögen. Die aktuelle Sitzung biete den Fraktionen Gelegenheit, an die Landesregierung Fragen zum Haushalt zu richten und Anregungen zu geben.

**Werner Bischoff (SPD)** erklärt für seine Fraktion mit Verweis auf die noch nicht abgeschlossene fraktionsinterne Diskussion über die Statements der Landesregierung zum Haushalt den vorläufigen Verzicht auf Fragen.

**Christian Weisbrich (CDU)** bezeichnet das Aufstellungsverfahren für den Haushalt als Katastrophe. Den Haushältern werde zugemutet, den Haushalt in drei Abschnitten mit jeweils völlig veränderten Rahmendaten zu beraten. Die dem mit erheblichen Kosten für die Bürger verbundenen ersten Haushaltsentwurf des Finanzministers am Vortag dieser Sitzung gefolgte Ergänzung - sie wiege circa 1 kg - lasse keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer zweiten Ergänzung. Wieder besseres Wissen habe die Landesregierung völlig voneinander abweichende Ergebnisse der Steuerschätzung zwischen Mai und November 2000 angesetzt. Man werde deshalb nicht umhinkommen, auch den Wirtschaftshaushalt in erheblichem Umfang zu

ergänzen. Der Minister möge diese Kritik am Aufstellungsverfahren des Haushalts an das Kabinett weiterleiten.

**Minister Ernst Schwanhold (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr)** sagt dies zu.

Namens seiner Fraktion möchte **Christian Weisbrich (CDU)** wissen, in welcher Höhe Gutachten sowie externe Redenschreiber und Berater aus dem Wirtschaftshaushalt finanziert würden und welche Gutachten im vergangenen Jahr tatsächlich vergeben worden seien.

Christian Weisbrich fordert, die dem Wirtschaftshaushalt zur Verfügung gestellten EU-Mittel transparenter einzusetzen. Das Vorgehen der Landesregierung irritiere, die die von der CDU-Fraktion im Zuge der vorigen Haushaltsberatungen beantragte Erhöhung der Mittel zur Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten - Drittelfinanzierung aus EU-Mitteln - zunächst abgelehnt, dann aber doch vorgenommen habe. Ähnlich der von Minister Samland für den Europabereich gemachten Aufstellung sollte auch für den Wirtschaftsbereich dargelegt werden, wofür die zur Verfügung gestellten EU-Mittel eingesetzt würden.

Präzisionsbedarf bestehe vor allem wegen der nicht klar erkennbaren Abgrenzung zwischen den Haushalten von Minister Schwanhold und Minister Schartau beim Technologieprogramm Wirtschaft. Aus den Angaben von Minister Schartau lasse sich schlussfolgern, dass er die Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens zukünftig massiv gestalten wolle. Christian Weisbrich bittet um Darstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Personalverschiebungen zwischen Wirtschafts- und Arbeitsministerium und Staatskanzlei. Zudem sollte über eine Mittelabgrenzung aufgezeigt werden, was das Wirtschaftsministerium für Programme anderer Ressorts ausbe.

Der ehemalige Wirtschaftsminister Steinbrück habe seinerzeit angekündigt, Mittel für andere Ressorts - Kultur und Städtebau - bereitzustellen unter dem Vorbehalt der Bewirtschaftung durch das Wirtschaftsministerium. Ihn, Weisbrich, interessiere, ob dieses Vorhaben umgesetzt werde und, wenn ja, auf welcher haushaltsrechtlichen Grundlage.

Nähere Informationen seien auch zu den Programmen Kulturwirtschaft und Tourismus sowie über einen etwaigen Antragsstopp im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe erwünscht.

Außerdem möge Auskunft erteilt werden, welche Grundstücke im Zusammenhang mit dem neu eingeführten Titel "Schuldendiensthilfe an öffentliche Unternehmen" in Höhe von 8,2 Millionen DM, der sich offenbar auf die LEG beziehe, angekauft werden sollen.

Auch er halte die Frage der Zuordnung des Technologieprogramms Wirtschaft für einen zentralen Beratungsgegenstand des Einzelplans 08, so **Dr. Gerhard Papke (F.D.P.)**. Darüber hinaus interessiere ihn, welche über den Haushalt 2001 hinausreichenden Bindungen bei den verschiedenen Projekten des Technologieprogramms Bergbau bestünden, um welche Projekte zur Demonstration der Nutzung von Zukunftsenergien - REN-Programm - und zur technischen Entwicklung im Energiebereich, die jeweils mit 14 Millionen DM veranschlagt seien,

es sich im Einzelnen handele und ob entsprechend der Überschrift der Titelgruppe 65 in Kapitel 08 030 "Finanzhilfen für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Wirtschaftsunternehmen und freiberuflichen Praxen" außer öffentlichen Unternehmen auch freiberufliche Praxen berücksichtigt würden.

Ob seine Fraktion bei diesem Haushalt Änderungsbedarf anmelden werde, hänge vom Ergebnis ihrer derzeit noch laufenden Haushaltsberatungen ab, erklärt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Seiner Meinung nach sollten die soeben gestellten Fragen in den eigens dafür vorgesehenen Berichterstattergesprächen und nicht in einer Ausschusssitzung beantwortet werden.

**Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** erinnert an die in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses gemeinsam vereinbarte Fragerunde. Zwecks intensiver Beratung des Haushalts müssten die Abgeordneten ihrem Recht nachkommen können, über die Berichterstattergespräche hinaus Fragen zu stellen und Unterlagen anzufordern.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** stellt klar, sein Einwand beziehe sich nicht auf die gestellten Fragen, sondern auf deren Beantwortung im Ausschuss, einem eher politischen Gremium.

**Christian Weisbrich (CDU)** hält Rüdiger Sagel vor, nicht wie vereinbart an einem Gespräch der Obleute mit dem Ausschussvorsitzenden teilgenommen zu haben. Lasse sich eine Teilnahme nicht ermöglichen, könnten die Obleute Vertreter schicken. Zum Beispiel habe Helga Giebelmann Werner Bischoff vertreten.

Er bestehe auf der Möglichkeit, in öffentlicher Sitzung Fragen zum Haushalt zu stellen, so Christian Weisbrich weiter, zumal auch der Minister keine Einwände erhebe und einige Fragen Anlass für eine Verbesserung der Politik im Sinne des Wirtschaftsministers sein könnten.

**Bernhard Tenhumberg (CDU)** möchte wissen, wie die Höhe der Entgelte für die Durchführung von Förderprogrammen, Titel 546 40 011 in Kapitel 08 030, und die Höhe der Zinszuschüsse bei Krediten für kleine und mittlere Unternehmen in NRW, Titel 661 10 680 in Kapitel 08 030, ermittelt worden seien und ob dafür die Festschreibung der Endkreditnehmerzinssätze vorausgesetzt werde.

**Minister Ernst Schwanhold (MWMEV)** sagt Christian Weisbrich zu, dessen Frage bezüglich der Finanzierung und der Vergabe von Gutachten schriftlich zu beantworten. Die von den Beratern und Redenschreibern erbrachten Leistungen würden noch dargestellt. Die Staatskanzlei habe dazu auch schon Stellung bezogen.

Zur Transparenz des EU-Mitteleinsatzes führt der Minister aus, der von Christian Weisbrich angesprochene Antrag der CDU sei wegen der damals nicht finanzierbaren Drittelparität abgelehnt worden. Die inzwischen doch erreichte Drittelparität bei der Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten sollte alle froh stimmen. Eine schriftliche Ergänzung zu diesem Thema werde folgen.

Die nach Abgrenzung der Aufgaben erfolgte Aufteilung der TPW-Mittel sehe wie folgt aus: 20 % für die Staatskanzlei, d. h. für die Förderprojekte im Medienbereich, 40 % für das MASQT entsprechend der vorgenommenen Aufteilung des Technologiebereichs und 40 % für das MWMEV.

Der Minister stellt einen schriftlichen Bericht über die Personalumbesetzungen zwischen dem MASQT und dem MWMEV in Aussicht. Zusätzlich würden die aufgrund der veränderten Ressortzuschnitte vorgenommenen neuen Themenabgrenzungen und die Ansprechpartner in der Staatskanzlei, im MUNLV, im MSWKS und im MWMEV aufgelistet.

Auch der Tourismusbereich werde dargestellt, fährt der Minister fort. Zu der indirekt angesprochenen Triennale im Ruhrgebiet könne er sich derzeit aber nicht äußern, da das Wirtschaftsministerium in die Durchführung nicht involviert sei.

Nähere Informationen zum Antragsstopp bei GA-Mitteln könnten einem dazu erstellten Bericht entnommen werden.

Mit den für das Haushaltsjahr 2001 und folgende ausgewiesenen 8,2 Millionen DM schaffe das Land die Voraussetzungen, in Euskirchen eines der von der BMW AG für die Ansiedlung einer neuen Produktionsstätte vorgegebenen Kriterien zu erfüllen, nämlich die dafür notwendigen Grundstücke aus einer Hand kaufen zu können und nicht mit einer Vielzahl von Eigentümern verhandeln zu müssen. Derzeit führe die LEG mit den 57 betroffenen Grundstücksbesitzern unter Einbeziehung der örtlichen Vertreter, insbesondere der Landwirtschaftskammern, Verhandlungen mit dem Ziel, schnell ein Angebot vorlegen zu können. Den hierfür anzusetzenden Betrag von maximal 8,2 Millionen DM hätte niemand allein aufbringen können. Bei den Verhandlungen achte man darauf, die öffentlichen Haushalte möglichst wenig zu belasten. Die Zusammenarbeit mit der Region und den beteiligten Organisationen wie der LEG werde positiv bewertet.

Die Antwort auf die Frage von Dr. Papke nach der Höhe der Finanzierung des Technologieprogramms Bergbau aus dem Haushalt 2001 werde er nachreichen, fährt der Minister fort.

Insbesondere mit Blick auf Energiesicherheit und Umweltschutz stelle sich das Land dem zukunftsweisenden Netzwerk Brennstoffzelle, einem der mit 14 Millionen DM dotierten Projekte im Bereich Zukunftsenergien. Landesregierung sowie kommunale und regionale Vertreter betrieben den Aufbau dieses Netzwerks quer über alle Parteigrenzen hinweg, da es sich vermutlich kurz- bis mittelfristig als rentabel erweisen werde. Hinzu kämen die Solarenergie und die Geothermik. In Letzterer sehe die Energiewirtschaft zwar keine Alternative, aber eine Addition zur bestehenden Energiegewinnung.

Mit der Titelgruppe 65 "Finanzhilfen für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Wirtschaftsunternehmen und freiberuflichen Praxen" würden die im Zusammenhang mit der Firma Holzmann von Pleite bedrohten und Forderungsverzicht leistenden Unternehmen finanziell

unterstützt. Die Aufnahme der Titel "Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen" und "Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen" bedeute nicht, dass öffentliche Unternehmen Zuschüsse erhielten, sondern habe mit Blick auf die abwickelnde Investitionsbank lediglich formalen Charakter. Auf diesen "Feuerwehrfonds" greife man nur zurück, wenn sich unverschuldet in Not geratene Unternehmen nicht selbst helfen könnten. Bestehende Unternehmen am Markt zu halten bedeute einen geringeren Mittelaufwand als die Schaffung neuer Arbeitsplätze nach dem Konkurs leistungsfähiger Unternehmen. Aktuelles Beispiel seien die von der Komplettsperrung des Siegerland-Flughafens existenziell bedrohten "Anlieger-Unternehmen". Denkbar wäre die Inanspruchnahme dieses Fonds auch im Rahmen der BSE-Krise.

**Christian Weisbrich (CDU)** bittet den Minister, einen Zusammenhang herzustellen zwischen der in Einzelplan 08 unter Ausgabeveränderungen für EU-Programme aufgeführten Summe in Höhe von 112,7 Millionen DM und der unter wesentlichen Einnahmeveränderungen für EU-Zuschüsse aufgeführten Summe in Höhe von 177 Millionen DM.

**Minister Ernst Schwanhold (MWMEV)** antwortet, hierbei handele es sich um das Ziel-2-Programm 2000 bis 2006 und um die Ausaufförderung des Ziel-2-Programms 2000 bis 2005. Nach der Anfang 2001 zu erwartenden Genehmigung der neuen NRW-EU-Programme werde die EU dem Land Nordrhein-Westfalen einen Vorschuss in Höhe von 7 % des gesamten Programmolumens auszahlen. Zusätzlich erstatte die EU die im Jahr 2001 auszahlenden Mittel. Aus diesem Sachverhalt ergebe sich gegenüber dem Haushaltsentwurf eine Einnahmenverbesserung um 177,04 Millionen DM.

Gleichzeitig verlange die EU auf der Grundlage einer neuen Strukturverordnung, die im Landeshaushalt vereinnahmten EU-Mittel unverzüglich an die mit der Auszahlung der Fördermittel beauftragte so genannte Zahlstelle - die Investitionsbank - weiterzuleiten. Für die neuen Programme müssten deshalb Einnahmen und Ausgaben in derselben Höhe veranschlagt werden. Danach stiegen die Ausgaben für den EU-Anteil um 112,756 Millionen DM an.

**MR Kröger (MWMEV)** ergänzt, bei der Aufstellung des Haushalts 2000 sei man noch davon ausgegangen, dass die EU wie in den Vorjahren im Nachhinein erstatten würde. Erstmals ab dem Jahr 2001 gewähre die EU aber einen Vorschuss. Anschließend erstatte sie dem Land die von ihm selber verausgabten Beträge, die unverzüglich an die Zahlstelle, also die Investitionsbank, weitergeleitet werden müssten. Aus diesem Prozedere ergäben sich Differenzen zum Haushaltsentwurf 2000.

**Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** bittet um rechtzeitige Vorlage von Anträgen, um in der Sitzung am 7. März 2001 abstimmen zu können.